

Arbeiter  
Angestellte  
Beamte



Arbeiter  
Angestellte  
Beamte

Landesverband Berlin

# DAS STEUER- UND GROLLBLATT

[www.dstg-berlin.de/grollblatt](http://www.dstg-berlin.de/grollblatt)

## Neues Beurteilungssystem überfordert die Berliner Steuerverwaltung

**Die neuen Beurteilungsvorschriften für die Berliner Steuerverwaltung (AV BVStD) erfordern von den Beteiligten ein flexibles Denken und Handeln. Das neue Beurteilungsverfahren ist für alle ungewohnt und nicht einfach umzusetzen. Vorschriften sowie Leitfaden der neuen Beurteilungen sind umfangreich und verlangen eine umsichtige sowie abwägende Herangehensweise vom Erstbeurteiler. Die Anwendung der neuen Beurteilungsvorschriften darf aber in keinem Fall zu Verzögerungen und Behinderungen zum Schaden der zu Beurteilenden führen.**

Viele Anlassbeurteilungen für die Beamtinnen und Beamten, die sich auf die gegen Ende des Jahres 2005 ausgeschriebenen Stellen beworben hatten, gingen nicht unverzüglich und auch nicht flächendeckend in der Senatsverwaltung für Finanzen ein. Es ist der Eindruck entstanden, dass Beteiligte an den Beurteilungen mit den neuen Vorschriften noch überfordert sind.

Mehrere Finanzämter wurden Anfang Dezember 2005 an die Abgabe der entsprechenden Anlassbeurteilungen erinnert. Der dadurch entstandene Stress für die Beteiligten in den Finanzämtern und in der Senatsverwaltung wäre bei rechtzeitigem Handeln vermeidbar gewesen! An den örtlichen Personalvertretungen (öPR) lag es jedenfalls nicht; viele örtliche Personalräte haben in außerordentlichen Personalratssitzungen sehr kurzfristig die Beteiligungsrechte wahrgenommen!

Für die Ende des Jahres 2005 ausgeschriebenen freien Beförderungsstellen gingen in der Senatsverwaltung über 1.200 Bewerbungen ein. Die außergewöhnlich hohe Zahl der Bewerbungen macht deutlich, dass ein großer Beförderungsstau in den Finanzämtern entstanden ist! Es ist mehr als verständlich, dass jede Beamtin und jeder Beamte alle Weiterkommensmöglichkeiten in der Laufbahn ausschöpft und im Falle einer Auswahl für die entsprechende freie Stelle in den unterschiedlichsten Finanzämtern versetzungsbereit ist.

Für die Zukunft muss sichergestellt werden, dass Stellenausschreibungen wieder zeitnah veröffentlicht werden. Auch im Hinblick auf mögliche Folgen, wie Kürzungen durch nicht ausgeschöpfte Stellenbewirtschaftungsmittel, ist es für die Berliner Steuerverwaltung insgesamt nachteilig, wenn freiwerdende oder

freie Stellen nicht unverzüglich ausgeschrieben werden. Die Besetzung der freien Stellen sollte allerdings für die Finanzämter nach einheitlichen Verfahrensregeln erfolgen. Ein nicht zügiges Besetzen von freien Stellen ist unverantwortlich und schadet nachhaltig wegen der Mittelkürzungen allen Kollegen.

### INHALTSVERZEICHNIS

Neues Beurteilungssystem überfordert die Berliner Steuerverwaltung .....	1
dbb sieht Geschäftsgrundlage für Berufsbeamtentum in Gefahr .....	2
Impressum .....	2
Kommentar BpA-Euro-Update 4.0.0.8 Ausgebremst .....	3
Berlin und Brandenburg unterzeichnen Staatsverträge und Verwaltungsvereinbarungen .....	5
dbb berlin kritisiert Verwaltungsvereinbarung zum Personalaustausch .....	5
DSTG informiert über neues Beurteilungsverfahren .....	5
Bündnis 90/Grüne: Pensionierungen von unter 40-jährigen Beamten verhindern .....	6
Neuer Staatssekretär in der Finanzverwaltung .....	7
BIM GmbH spart für den Senat .....	7
Mitgliederleistungen „Information, Beratung, Rechtsschutz“ .....	8

# dbb sieht Geschäftsgrundlage für Berufsbeamtentum in Gefahr

Der dbb sieht angesichts der Kürzungspläne der Koalition bei den Beamten die Geschäftsgrundlage für das Berufsbeamtentum in Gefahr. Gegenüber der Berliner Zeitung (Ausgabe vom 9. November 2005) äußerte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen die Befürchtung: „Wenn der Dienstherr seine Fürsorgepflichten nicht mehr wahrnimmt, kann ich nicht garantieren, dass wir bei der Auffassung bleiben, das Streikverbot zu erhalten“. Er werde daher Union und SPD noch einmal nachdrücklich auffordern, ihre Sparbeschlüsse im öffentlichen Dienst zu überdenken. „Wir haben jetzt schon 15 Jahre Sparmaßnahmen erduldet“, so der dbb Chef, „bei uns ist nichts mehr zu holen“.

Zu der neben der Arbeitszeitverlängerung gleichfalls geplanten Überprüfung des Weihnachtsgeldes sagte der Bundesvorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion: Dies bedeute, „dass zum Dank dafür, dass die Arbeitszeit verlängert wird, auch noch die Löhne gekürzt werden. Das ist völlig inakzeptabel“.

Mit Blick auf die Pläne von Union und SPD, im Zuge der Föderalismusreform die Zuständigkeit für das Dienstrecht in die Hände der Länder zu legen, bekräftigte Heesen die Kritik des dbb. Dies sei das Gegenteil von Bürokratieabbau.

Die finanzschwächeren Bundesländer würden ihre Beamten schlechter bezahlen, vor allem in Ostdeutschland drohten Qualitätseinbußen im öffentlichen Dienst. „Das alles kann nicht vernünftig sein“.

Im Gespräch mit dem Fernsehsender Phoenix wies Heesen darauf hin, dass für die Verschiebung der Bundeskompetenz eine Verfassungsänderung und dafür eine von den Liberalen mitgetragene Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat notwendig sei. Der dbb Chef erinnerte die FDP, die eine Aufgabe des bundeseinheitlichen Beamtenrechts im Wahlkampf stets abgelehnt hatte, an ihr Versprechen: „Ob Parteichef Westerwelle innerhalb seiner Partei durchsetzen kann, dass man zu dem steht, was vor der Wahl gesagt worden ist, weiß ich nicht, ich setze darauf. Aber wir haben ja erlebt, dass die Politik im Augenblick alles andere tut als das einzuhalten, was sie vor den Wahlen versprochen hat. Wir werden die FDP daran erinnern, dass sie vor der Wahl eine andere Position gehabt hat“. Der dbb bestehe nicht darauf, „dass alles beim Bund bleibt“. Heesen: „Wir haben in dem

Konzept, das wir mit Bundesinnenminister Otto Schily gemacht haben, ja eine ganze Reihe von Kompetenzen an die Länder zur Verlagerung vorgesehen, aber die Kernkompetenzen sollen einheitlich bleiben, damit Flexibilität und Mobilität gesichert sind“.

Die Bereitschaft des dbb, an einer solchen großen Reform mitzuwirken, werde allerdings „auf ein Minimum sinken“, wenn die Koalition ihre Pläne realisiere. Dies habe er den Innenminister Wolfgang Schäuble bereits wissen lassen, sagte Heesen dem Nachrichtensender n-tv am gleichen Tag.

Schließlich treffe eine Mehrwertsteuererhöhung auch die Beamten. Ihnen noch zusätzliche Maßnahmen aufzubürden, sei mehr als ungerecht. Heesen: „So können wir miteinander nicht umgehen“.

## Ohne Steuern ist kein Staat zu machen! 4. Landesverbandstag des LV Brandenburg

Am 2. Dezember 2005 veranstaltete der DSTG-Landesverband Brandenburg seinen 4. Landesverbandstag in Potsdam.

In einer öffentlichen Podiumsdiskussion im Potsdamer Kongresshotel „Am Templiner See“ erörterten die Fraktionsvorsitzenden im Brandenburger Landtag, Thomas Lunacek (CDU), Kerstin Kaiser (Die Linke. PDS), der stellvertr. Fraktionsvorsitzende Mike Bischoff (SPD) sowie der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek das Thema des Gewerkschaftstages „Ohne Steuern ist kein Staat zu machen!“ Die Berliner DSTG war durch den Landesvorsitzenden Detlef Dames und der stellv. Landesvorsitzenden Christa Röglin vertreten.

### DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

#### IMPRESSUM

**DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT** - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb beamtenbund und tarifunion

**Herausgeber:** Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)  
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo: 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do: 9:00 - 14:00 Uhr  
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

**Verantwortlich für den Inhalt:** Jürgen Köchlin

**Redaktion:** Detlef Dames (verantw.) Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder  
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

**Fotos:** DSTG Berlin Archiv, DSTG-Bundesjugendleitung, Berliner Morgenpost

**Anzeigenverwaltung:** Götz Lemke

**Gestaltung/Layout:** Jürgen Köchlin

**Druck:** DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin (Spandau)  
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

**Titellayout:** Karsten Köchlin

**Auflage:** 8.100 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung 54. Jahrgang Ausgabe Nr. 1/2006 3. Januar 2006

# BpA-Euro-Update 4.0.0.8

## *Ausgebremst*

*Keine Begeisterung löste die Einspielung der neuesten Version von BpA-Euro bei den Betriebsprüfern aus.*

*Obwohl die Betriebsprüfer durch die Schnellmitteilung wussten, dass durch das Update viele Berichtsentwürfe neu erstellt werden müssen, hat keiner der Betroffenen größere Probleme bei den Steuerberechnungen erwartet, denn die Senatsverwaltung für Finanzen, die bekanntlich keinerlei Einfluss auf das Programm hat, testete ohne Schwierigkeiten über einen längeren Zeitraum mit diversen Proberechnungen und auch Echtfällen.*

*Aufmerksame Kollegen hatten jedoch wegen der angekündigten Umstellung auf die Version vorausschauend auf das aktuelle Reconfig verzichtet. Das unkomplizierte Weiterbearbeiten war ihnen wichtiger!*

*Die Betriebsprüfer, insbesondere die in den Finanzämtern für Körperschaften, müssen jetzt zwangsläufig experimentieren.*

*Betroffene sind genervt von neuen Abstimmungsdifferenzen und Rückstellungsberechnungen, die nicht mehr nachvollziehbar sind. Selbst erprobte und altbewährte Tricks helfen nicht weiter.*

*Für die Betriebsprüfer reagiert die neue Version unberechenbar. Bestimmte Kennzahlenkombinationen bereiten den Prüfern Probleme, erzwingen Nachfragen und beanspruchen viel Zeit.*

*Auch ist die Hilfe der IT-Betreuer begrenzt. So probieren erst einmal alle, aber keiner weiß richtig Bescheid! Das alles verschlingt beachtliche Arbeitszeit, die für Berichte und Prüfungen fehlt.*

*Und das nervt alle:*

*Betriebsprüfer, Sachgebietsleiter und Hauptsachgebietsleiter.*

*Insbesondere natürlich die, die methodisch auf die Statistik und die Zielvereinbarung schauen.*

*Aber das hatten wir schon einmal: auch bei neuen Programmversionen von BpPlan war Chaos nicht nur auf der Festplatte angesagt. Nur hier durften die Betriebsprüfer selbst festlegen, mit welcher Version sie weiterarbeiten!*

*Und keiner fühlte sich ausgebremst!*

*Mit freundlichem Gruß*

*Jürgen Köchlin  
stellv. Landesvorsitzender*

---

## Kommentar

---



**Jürgen Köchlin**

stellv. Landesvorsitzender

---

# Berlin und Brandenburg unterzeichnen Staatsverträge und Verwaltungsvereinbarungen

Die Landesregierung Brandenburg und der Senat von Berlin haben am 13. Dezember 2005 eine Reihe von Staatsverträgen und Verwaltungsvereinbarungen unterzeichnet. Abgeschlossen wurden die Staatsverträge über die Vereinigung der Rentenversicherung, die Zusammenlegung der Statistikeinrichtungen, die Errichtung eines zentralen Mahngerichts sowie u.a. eine Verwaltungsvereinbarung zum Personalaustausch zwischen Berlin und Brandenburg.

Die beiden Regierungen unterzeichneten einen Staatsvertrag über die Bestimmung der Aufsicht über die Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg. Danach wird die Aufsicht über den künftigen gemeinsamen regionalen Rentenversicherungsträger „Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg“ das Land Berlin führen. Ferner wurde ein Staatsvertrag über die Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg unterzeichnet.

Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting und der brandenburgische Finanzminister Rainer Speer unterzeichneten eine Verwaltungsvereinbarung zum Personalaustausch der Landesverwaltungen. Ziel ist die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit beider Länder auf Verwaltungsebene. Der Personalaustausch basiert auf einem möglichst zeitgleichen, kostenneutralen Austausch von Beschäftigten für sechs bis 24 Monate.

Brandenburg und Berlin verständigten sich auf eine Verwaltungsvereinbarung zur Gründung eines gemeinsamen Instituts für Schulqualität (ISQ). Eine Verwaltungsvereinbarung wurde zum Naturpark Barnim abgeschlossen. Als einziges der 15 brandenburgischen Großschutzgebiete umfasst der 1998 gegründete Naturpark Barnim auch Berliner Gebiet. Zusammengeführt werden sollen das Landeslabor Brandenburg und das Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen. Eine engere Zusammenarbeit soll es auch in der Wirtschaftsförderung geben.

Berlins Justizsenatorin Karin Schubert und Brandenburgs Justizministerin Beate Blechinger unterzeichneten einen Staatsvertrag über die Einrichtung des Zentralen Mahngerichts Berlin-Brandenburg. Das Amtsgericht Wedding soll ab dem 1. Juli 2006 zentrales Mahngericht beider Länder werden.

Bereits zum 1. Januar 2005 hatte das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg mit Sitz in Berlin seine Tätigkeit aufgenommen. Das Amt führt die juristischen Staatsprüfungen für die Studenten der Rechtswissenschaften der Universitäten in Berlin und Brandenburg sowie für die Rechtsreferendare beider Länder durch. Daneben ist es für die Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten zuständig. Aufgrund des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte haben am 1. Juli 2005 zwei gemeinsame Fachobergerichte, das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in Berlin und das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg in Potsdam, ihre Tätigkeit aufgenommen. Am 1. Januar 2007 werden zwei weitere gemeinsame Fachobergerichte, das Finanzgericht Berlin-Brandenburg in Cottbus und das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg in Berlin, ihre Tätigkeit aufnehmen.

## BpA-Euro Version 4.0.0.8

**Betriebsprüfer, insbesondere aus den Finanzämtern für Körperschaften I, II, III und IV, berichten von Ungereimheiten und sonstigen Ärgernissen bei der Anwendung der neuesten Programmversion 4.0.0.8 von BpA-Euro.**

### BpA-Euro Berechnung

- a) Beim Abbruch der Berechnung kam bei der Vorversion ein automatischer Hinweis. Ein Abbruch wird jetzt nur durch Zufall bemerkt! Eine Überprüfung nur möglich, wenn der Statusmonitor stets eingeschaltet ist. Zeigt der Statusmonitor einen Abbruch, kann es sein, dass bei der nächsten Berechnung, ohne dass eine Eingabe verändert wurde, die Berechnung ohne Beanstandung durchgeführt wird.
- b) Das Programm verursacht fehlerhafte Berechnungen - auch in den physischen FÄ - sowohl bei konvertierten Altfällen als auch bei Neueingaben. Der Fehler lässt sich zur Zeit nur - oder auch nicht - durch mehrmaliges Runterfahren des Programms beheben!

- c) Rückstellungsberechnung ist nicht nachvollziehbar!
- d) Eingaben, die am Vortag noch funktionieren, werden „über Nacht“ auf „0“ gesetzt.
- e) Korrekte Berechnungen in der Altversion haben nach der Konvertierung Abstimmungsdifferenzen, obwohl kein Wert verändert wurde.
- f) Das Programm errechnet sich, obwohl „0“ eingegeben, einen Negativbetrag (Anzeige auch „0“), mit der Folge, dass der Fall überhaupt nicht mehr gerechnet werden kann.

### BpA-Bericht

- a) Alte Berichte müssen neu umgeschrieben werden, weil die Verweise zur Berechnung BpA-Euro nicht mehr vorhanden sind.
- b) Die Steuerarten tauchen in den Überschriften des Textteils unvollständig und nach keinem erkennbarem Schema auf.
- c) Selbst vorgenommene Formatierungen werden nach dem Aktualisieren der Steuerfeststellungen auf die Standardformatierung zurückgesetzt.
- d) Eingefügte Tabellen können nicht verändert werden. Bei Veränderung der Spaltenbreite stürzt das Programm ab.

# dbb berlin kritisiert Verwaltungsvereinbarung zum Personalaustausch

**Die vom Berliner Senat am 29. November 2005 beschlossene und am 13. Dezember 2005 mit dem Land Brandenburg unterzeichnete Verwaltungsvereinbarung zum Austausch von Personal der Landesverwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg ist nach Bekanntgabe in verschiedenen Senatsverwaltungen auf erhebliche Kritik bei den Angestellten und Beamten des höheren und gehobenen Dienstes in Berlin gestoßen.**

Die Kritik der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nimmt der dbb - beamtenbund und tarifunion - berlin auf und fordert vom Senat eine Überarbeitung der Verwaltungsvereinbarung.

Der vom dbb berlin bereits im Vorfeld eingeforderte Verzicht auf Unterzeichnung der Vereinbarung über den interministeriellen Personalaustausch aus Anlass der gemeinsamen Kabinettsitzung der Länder Berlin und Brandenburg war insbesondere deshalb erforderlich, weil die an sich begrüßenswerte Initiative zum Personalaustausch frei von sachfremden Einflüssen sein muss.

Die Verwaltungsvereinbarung weist in Artikel 7 - Kostenneutralität - darauf hin, dass Trennungsgelder von den Entsendeländern zu tragen sind. Nach den mehrjährigen politischen, rechtlichen und gerichtlichen Auseinandersetzungen im Land Brandenburg über die Gewährung von Trennungsgeldern im Falle der Versetzungen oder

Abordnungen von Richtern, Beamten und Arbeitnehmern zum Land Brandenburg dürfen künftige Personalmaßnahmen nicht davon belastet werden, dass sie eben nur wegen der zusätzlichen finanziellen Leistungen erfolgen oder angestrebt werden. Die Landesregierungen sollten daher die Gewährung von Trennungsgeldern beim Personalaustausch ausschließen.

Die beabsichtigten Regelungen, wonach der Personalaustausch als Instrument gezielter Personalentwicklung dienen soll, müssen nach dem geltenden Dienstrecht und Arbeitsrecht für Beamte und Angestellte in Berlin dringend konkretisiert werden.

Wenn nach Artikel 6 Absatz 2 der Verwaltungsvereinbarung allein die Teilnahme am Personalaustausch den überdurchschnittlichen persönlichen Einsatz der Beschäftigten in beruflichen Belangen dokumentiert, dann werden andere Möglichkeiten des persönlichen Einsatzes ausge-

schlossen oder in den Hintergrund gedrängt. Dies jedoch wäre mit den arbeitsrechtlichen und beamtenrechtlichen Grundlagen nicht in Übereinstimmung.

Grundsätzliche Probleme erkennt der dbb berlin im übrigen auch darin, dass zwar die Teilnahme am Personalaustausch freiwillig ist (Artikel 6 Absatz 1 der VV), aber die Minister/innen oder Senatoren/innen die Dienstposten/Stellen benennen, die für einen Personalaustausch geeignet sind (Artikel 4 Absatz 2 der VV). Somit bestimmt der Arbeitgeber bzw. der Dienstherr, welche Personen sich an dem Personalaustausch zu beteiligen haben. Auch sind politische, parteipolitische oder andere sachfremde Einflüsse bei den Abordnungen von Beamten und Angestellten im Rahmen des Personalaustausches der beiden Länder angesichts der parteipolitischen Personalentscheidungen in Berlin in größerem Umfang infolge der kritisierten Regelungen zu erwarten.

## DSTG informiert über neues Beurteilungsverfahren



**Nach der DSTG-Info-Veranstaltung im FA Steglitz**

v. lks.: Bezirksgruppenvorsitzender Uwe Meister, Detlef Dames und Vorsteher Michael Marquardt

**Der DSTG-Landesverband Berlin informierte in den DSTG-Bezirksgruppen zum Ende des Jahres 2005 Mitglieder und Kollegen der Finanzämter über das neue Beurteilungsverfahren mit Erst- und Zweitbeurteiler in der Berliner Steuerverwaltung.**

Die DSTG-Bezirksgruppe Steglitz hatte im November 2005 interessierte Beamtinnen und Beamte des Hauses zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, an der u. a. auch der Dienststellenleiter, Herr Marquardt, teilnahm. Detlef Dames als DSTG-Landesvorsitzender stellte die Besonderheiten der neuen Beurteilungsvorschriften und insbesondere die Unterschiede zum bisherigen Beurteilungssystem in der Berliner Steuerverwaltung dar. Durch konkrete Praxisbeispiele konnten die Kolleginnen und Kollegen sich mit dem neuen Beurteilungsverfahren vertraut machen.

# Bündnis 90/Grüne: Pensionierungen von unter 40-jährigen Beamten verhindern

Mit der Drucksache 15/4172 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Senat von Berlin einen Antrag zur Reduzierung von Pensionierungen von unter 40-jährigen Beamtinnen und Beamte der Berliner Landesverwaltung eingereicht.

Bündnis90/Grüne fordern den Senat auf, Maßnahmen zur Reduzierung der Pensionierungen von unter 40-jährigen Beamtinnen und Beamten in Berlin zu ergreifen. Bei Versetzungen in den Ruhestand bis zu einem Alter von 40 Jahren soll künftig neben dem Amtsarzt auch ein extern bestellter Gutachter hinzugezogen werden. Darüber hinaus fordern Bündnis 90/Grüne den Senat auf, auch eine Bundesratsinitiative einzuleiten:

· Im Beamtenversorgungsgesetz soll die Wartezeit bis zum Anspruchserwerb auf eine Beamtenversorgung auf

10 Jahre verlängert werden.

- Die Mindestversorgungsbezüge sollen deutlich abgesenkt werden.
- Frührentner sollen gegenüber der Dienststelle das Einkommen angeben, um effektive Kontrollen über Nebentätigkeiten bei gleichzeitiger Dienstunfähigkeit zu erlangen.
- Beamte, die ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben können, ansonsten aber beruflich tätig sind, sollen aus dem Beamtenstatus entlassen und entsprechend in der Rentenversicherung nachversichert werden.

Bündnis 90/Grüne begründen ihren Antrag u. a. damit, dass durch die Änderungen des Versorgungsrechts in den letzten Jahren der Abstand zwischen der normalen Pension und der Mindestversorgung deutlich gesunken ist. Die Kenntnisse über Einkommen von dienstunfähigen Beamten mit Nebentätigkeiten sollen es Dienststellen erleichtern, Hinweise auf eine Besserung des Gesundheitszustandes zu erfahren, um eine Reaktivierung einzuleiten. In Nordrhein-Westfalen sollen zusätzliche Untersuchungen durch externe Gutachter insbesondere zur Reduzierung der Frührenten beigetragen haben.

**DTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung**

Anzeige



STIFTUNG WARENTEST  
**TESTSIEGER**  
Im Test: Girokonten  
von 55 Banken  
**FINANZtest** 7/2005  
www.finanztest.de

„psd...weiterragen!“  
**Bestes Gehaltskonto!**

Die gute Zusammenarbeit von öffentlichem Dienst und PSD Bank Berlin-Brandenburg eG hat sich bewährt. Unsere günstigen Produkte und der gute Service zahlen sich für Sie aus – und das in barer Münze, wie die Stiftung Warentest in einer aktuellen Ausgabe ihrer Zeitschrift FINANZtest feststellt. Lesen Sie selbst.

Auszug aus FINANZtest 7/2005: „Unser Rat“  
„Kostenlos. Das beste Gehaltskonto im Test ist das Giro Direkt der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG. Das Konto mit ec- und Kreditkarte ist ohne Bedingungen kostenlos. Es kann über die Bankfiliale oder online geführt werden. Die Bank verzinst Guthaben und verlangt nur geringe Dispozinsen. Bekommen können Sie das Konto, wenn Sie in Berlin oder Brandenburg wohnen oder beim Bundesgrenzschutz oder Zoll arbeiten.“

#### PSD GiroDirekt

- Das Giro, das mitverdient
- Kostenlose Kontoführung
  - Kostenlose BankCard
  - Kostenlose Bargeldverfügung an über 17.000 Geldautomaten der Volks- und Raiffeisenbanken
  - Bis zu 2,15 % gestaffelte Guthabenzinsen ab dem ersten Cent
  - Günstiger PSD DispoKredit von zzt. nur 7,95 % p. a.

Weiterragen: [www.psd-berlin-brandenburg.de](http://www.psd-berlin-brandenburg.de) oder **01803 / 850 820**

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



# Neuer Staatssekretär in der Finanzverwaltung

Der bisherige Geschäftsführer der Fa. BIM GmbH, Klaus Teichert (SPD), wird Nachfolger des nach Bremen gewechselten Hubert Schulte (SPD) als Staatssekretär in der Berliner Finanzverwaltung. Der Senat billigte am 14. Dezember 2005 den Personalvorschlag von Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin (SPD). Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 ist nun für die übrige Wahlperiode bis zum September 2006 Klaus Teichert neuer Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Finanzen. Teichert wird als Staatssekretär künftig für den Berliner Haushalt und die Immobilien zuständig sein.

## Klaus Teichert

geb. 27. Juni 1954 in Flensburg

- 1973 Tischlerlehre in Flensburg
- 1976 Fachabitur in Lohne/Oldenburg
- 1977 Architekturstudium in Oldenburg
- 1980 Projektingenieur bei Adam Opel AG in Rüsselsheim und in Zaragoza, Spanien
- 1987 Technischer Leiter bei JSK Architekten, Frankfurt
- 1988 Manager bei Intergraph Corp. European Headquarters, Amsterdam, NL
- 1990 Vertriebsleiter bei Intergraph GmbH, Berlin
- 1993 Geschäftsführer Hochtief Software GmbH, Frankfurt
- 1997 Geschäftsführer bei Innovationszentrum Bau GmbH (Investitionsbank Berlin)
- 1998 Prokurist bei Mühl Product & Service AG, Berlin
- 2001 Projektleiter bei g.e.b.b. mbH, Neues Liegenschaftsmanagement der Bundeswehr, Berlin
- 2003 Geschäftsführer BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH



Der 51jährige Architekt leitete bisher die landeseigene Fa. Immobiliengesellschaft BIM GmbH, die 2003 für das Facility Management der Gebäude der Berliner Hauptverwaltung gegründet wurde. „Es freut mich sehr, dass wir mit Klaus Teichert einen ausgewiesenen Mann der Praxis mit hervorragenden Managementqualitäten gewinnen“, so Finanzsenator Thilo Sarrazin bei der Vorstellung seines Kandidaten. „So engagiert und erfolgreich er beim Facility Management ans Werk gegangen ist, so wird er mit seiner zupackenden Art auch eine Bereicherung für die Finanzverwaltung sein“, sagte schließlich Dr. Thilo Sarrazin. Für Sarrazin hat der BIM-Geschäftsführer mit SPD-Parteibuch schon heikle Missionen erfüllt. So organisierte er die Ausschreibung des nicht-medizinischen Service-Bereichs an der Universitätsklinik Charité, nachdem der eigentlich dafür zuständige Manager wegen seiner früheren Tätigkeit als Major der Stasi entlassen worden war. Vorher war der gelernte Tischler und studierte Architekt unter anderem für die Unternehmen Adam Opel AG und Hochtief Software tätig sowie im Liegenschaftsmanagement der Bundeswehr. Klaus Teichert ist 51 Jahre alt, verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter.

## BIM GmbH spart für den Senat

Die Fa. BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM GmbH) wurde im Jahr 2003 im Rahmen der Neuordnung des Facility Managements des Landes Berlin gegründet. Die 100prozentige Tochtergesellschaft des Landes hat das Mieter-/Vermieter-Modell für die Gebäude der Berliner Hauptverwaltung eingeführt. Für die Gebäude, die vom Land Berlin genutzt werden, darunter u. a. die Berliner Finanzämter, wird eine marktübliche Miete angesetzt. Im Gegenzug übernimmt die Fa. BIM GmbH die Bewirtschaftung, Instandhaltung und Sanierung der Gebäude. Ziel der Fa. BIM GmbH ist es, das Facility Management für das Land Berlin insgesamt effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Durch das Handeln und Wirken der BIM/LfG-Mitarbeiter werden jährlich 10 Millionen Euro für den Senat „eingespart“!

Die bisherige Bilanz der BIM GmbH: Die Mieten bei extern angemieteten Gebäuden verringern sich bis zu 67 Prozent. Die Kosten für die Abfallentsorgung wurden um ein Drittel reduziert, die der Feuerversicherungen um 17 Prozent und die der Aufzugswartungen um 13 Prozent. Beim Abschluss neuer Mietverträge reduzierte die BIM GmbH die Flächen um rund 15 Prozent. Im Bereich der Reinigungsleistungen wurden nach Pressemitteilung des Aufsichtsratsvorsitzenden, Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin

(SPD) und des bisherigen Geschäftsführers, Klaus Teichert (SPD), die Ausgaben bei dafür gleichbleibender Qualität teilweise bis zu 50 Prozent gesenkt. Bereits am 13. Mai 2004 teilte Teichert als Geschäftsführer auf einer Pressekonferenz mit, dass die BIM GmbH jährlich rund zehn Millionen Euro für das Land Berlin einspart. Danach wurden bereits im ersten Geschäftsjahr 2003 Maßnahmen im Bereich Facility Management durchgeführt, die den Berliner Haushalt deutlich entlastet.

Die DSTG verweist in diesem Zusammenhang auf die wiederholt vorgetragene Kritik aus den Berliner Finanzämtern über nicht gereinigte Treppenhäuser und Diensträume, Heizungsprobleme sowie nicht erledigte Mängelbeseitigungen durch die BIM GmbH bzw. den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung (LfG). So betrachtet, hat die Fa. BIM GmbH tatsächlich eingespart, allerdings zum Nachteil und Schaden der betroffenen Dienststellen und vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

# Mitgliederleistungen . . .

Beispiel

**Service: Information, Beratung, Rechtsschutz**

## „Fehlzeiten, amtsärztliche Untersuchung, Dienstunfähigkeit“

Sind Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, klärt der Dienststellenleiter mit dem örtlichen Personalrat (öPR), bei schwer behinderten Menschen zusätzlich mit der örtlichen Schwerbehindertenvertretung, mit Zustimmung und Beteiligung des erkrankten Beschäftigten die Möglichkeiten (!), wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden werden und mit welchen Hilfen erneuten Fehlzeiten vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann!

Fachkundige DSTG-Funktionsträger, die sich mit dem Landesbeamtengesetz (LBG) und dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch (SGB IX) - auskennen, stehen betroffenen DSTG-Mitgliedern - auch telefonisch - beratend zur Seite!

**Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!**

**DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung**

Ausfüllen und bitte an die DSTG-Berlin senden:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Berlin  
Motzstraße 32

FAX: 030 21473041

10777 Berlin

Ja, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung vom ..... 2006.

Name: ..... Vorname: ..... Geburtsdatum: .....

Anschrift: .....

Telefon privat: ..... E-Mail privat: .....

Dienststelle: ..... Besoldungs-/Vergütungsgruppe: .....

Telefon dienstlich: ..... Teilzeitbeschäftigt: .....

....., den .....  
(Unterschrift)